

ÄGYPTEN

03.02.2011

Erst kommt die Revolte – und was passiert danach?

In den arabischen Staaten darf nach der Revolution nicht der Terror ausbrechen. Dafür ist viel politisches Gespür notwendig. Der Westen steht vor einem mörderischen Dilemma.

von Josef Joffe



Josef Joffe ist Herausgeber der Zeit. Quelle: dpa

Der erste Schritt ist immer der einfachste: der Sturz des Tyrannen. Der tunesische ist nach nur einer Woche Aufruhr geflüchtet; Mubarak hat ebenso schnell kapituliert. Er will im Herbst nicht mehr kandidieren. Dass er so lange bleibt, darf man ausschließen. Der "arabische Frühling" ist ausgebrochen - und beantwortet die Frage, die seit dem Mauerfall vor 20 Jahren quält: Wie kann eine ganze Region dem Wandel trotzen - von Rabat bis Riad? Sie kann es nicht; das ist die beste Nachricht aus Nahost.

Die nicht so gute hält die Geschichte parat. Nach dem letzten Louis der Franzosen kam nicht die Demokratie, sondern der Terror, schließlich ein neuer Despot namens Napoleon. Nach dem Zaren kamen Lenin und Stalin. Auf den zweiten Wilhelm folgten in Deutschland die Totalitären und das Ende der Weimarer Republik.

Nicht anders in der arabisch-islamischen Welt. 1952 erhebt sich Ägypten gegen König Faruk; seitdem herrschen Militärs im Maßanzug. 1958 beseitigen die Iraker König Faisal; ein paar Putschs später ergreift Saddam Hussein die Macht. 1979 kollabiert der Pfauenthron in Iran; es triumphiert ein totalitärer Gottesstaat. 2005 vertreibt die libanesische "Zedernrevolution" die verhassten Syrer; jetzt ist Hisbollah die Nummer eins. Freie Wahlen in Gaza bringen der Hamas den Sieg. Das Volk meutert in Jordanien? Am Dienstag feuerte der König in einer klassischen Rochade das Kabinett und machte einen früheren Generalmajor zum Regierungschef.

Wieder steht der Westen vor einem mörderischen Dilemma. Europa und Amerika haben ihr Schicksal stets mit Führern von Polizeistaaten verknüpft, die sie nur widerwillig hofiert haben. Der Schah, die Abdullahs, die Mubaraks, selbst Arafat waren Säulen westlicher Mittelostpolitik. Denn es gab und gibt keine anderen. Wer nach den Potentaten kam, war schlimmer: der Regionalimperialist Nasser, der Killer Saddam, die frommen Brandstifter Chomeini und Achmadinedschad, die Raketenwerfer Hamas und Hisbollah.

Das Dilemma lässt sich in sieben Wörter fassen. Die EU wünscht sich einen "geordneten Übergang", der zu "freien und fairen Wahlen führt". Identisch die Formel des US-Vizepräsidenten Biden: "geordneter Übergang". Bloß nicht wieder Chaos und Konterrevolution, die den Teufel, den man kennt, durch einen neuen und schrecklicheren ersetzt.

Kein Wunder auch: Mubarak war ein Bollwerk gegen Islamismus und Iran - der Garant der strategischen Stabilität. Zerbröckelt das Regime, kommt gar die Muslimische Bruderschaft an die Macht, darf man alle Friedensträume vergessen. Israel wird hochrüsten, vielleicht sogar einen Präventivschlag führen, falls Kairo wieder den Sinai militarisiert. Weiter im Horrorszenario: Die Bruderschaft in Jordanien wird König Abdullah

attackieren, Hisbollah und Hamas werden Israel von Norden und Süden provozieren. Iran wird mit verdoppelter Kraft zur Vorherrschaft greifen.

Andererseits: Was in diesen Tagen in Kairo abläuft, ist eine wirklich demokratische Revolution. Anders als in Teheran 2009 fehlt der perfekte Machtapparat, der die "Grüne Revolution" wie eine Python erstickt hat - Druck um Druck. Es fehlen auch bislang die islamistischen Kader. Die Bruderschaft scheint der Revolution hinterherzulaufen. Zwar grassiert auch in Ägypten der Antiamerikanismus, aber die Parolen richten sich nicht gegen den großen Bruder. Auch hier gilt: noch nicht.

Der Westen hat gut daran getan, die sonoren Sprüche zu vermeiden, und Obama hat recht, wenn er sagt, kein Land könne einem anderen ein "Regierungssystem aufzwingen". Was heißt dann "geordneter Übergang" in einem reißenden Strom?

Vorweg, was die Amerikaner schon tun: Sie telefonieren, und zwar mit allen: mit Regierung, Militär und Opposition. Diskret hat Obama Mubarak "ermuntert", sich nicht mehr zur Wiederwahl zu stellen. Doch einen anderen hat der Westen noch nicht. Mohamed el Baradei, der Nobelpreisträger, ist zwar die prominenteste Oppositionsfigur, aber es ist ihm nicht gelungen, die Islamisten einzubinden. Immerhin hat Washington die Armee davon überzeugt, nur wachsame Präsenz zu zeigen und nicht zu schießen.

Die el Baradeis reden, die Armee schweigt - aus gutem Grund. Denn sie hat die Macht. Die ägyptische Armee ist nicht der marode Haufen wie zu Zeiten des Schahs im Iran. Sie genießt den Respekt des Volkes; sie kontrolliert Schlüsselsektoren der Wirtschaft. Sie hat Mubarak geopfert, um den Staat zu schützen. Denn die Armee ist der Staat, seit 60 Jahren stellen die Ihren den Präsidenten. Das weiß die Opposition - bis hin zu den Islamisten. Deshalb könnte es so ausgehen wie 1989: runde Tische statt röhrender Panzer oder neuer Despoten. "Könnte", denn bislang haben nur die Europäer den "geordneten Übergang" in die Demokratie geschafft.

© 2010 Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#) | [Schlagzeilen](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).